

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 20.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Wagnersdruck für Halle und Corveta 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Druck- und Verlagsanstalt: Halle'sche Zeitung (Halle), Druck- und Verlagsanstalt, 24. Unterstadt (Halle), Halle, Mittelstadt.

Zweite Ausgabe

Abendausgabe für die Hallesche und Magdeburger Provinz für Halle u. den Saalkreis 20 Pf., außerhalb 30 Pf., — Resten am Schluß des redaktionellen Teils die Halle 100 Pf., Abendausgabe bei der Expedition in Halle u. G. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Selpolger Straße Nr. 61/62.
Telephon 5108 u. 5109; Telephonleitung 5110.
Verleger: C. S. Zeit. Halle, Halle a. S.

Sonntag, 12. Januar 1913.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurirtel Nr. 6280.
Druck und Verlag von Otto Zehle in Halle a. S.

Für die Kleinstädte.

Die preussischen Minister werden zu Staats- und Meffort- (Kriegs-, Justiz-, Finanz- usw.) Ministern ernannt. Das soll nicht bloß bedeuten, daß der betr. Minister auch Sitz und Stimme bei den Beratungen des Staatsministeriums hat, sondern daß er bei Erledigung der zu seiner Zuständigkeit allein gehörenden Geschäfte in erster Linie das Wohl des Staates im Ganzen und dann erst die Interessen seines besonderen Ressorts im Auge behalten soll. Leider geschieht dies in der Praxis nicht immer. Die Minister können unmöglich alle in ihr eigenes Ressort fallenden Angelegenheiten selbst bis ins Einzelne hinein prüfen. Bei den Ministerialräten artet aber der an sich sehr rühmende Eifer für die ihnen überwiesenen Geschäfte leicht in das aus, was man „Resortpartikularismus“ nennt. Und da sie die von ihnen bearbeiteten Sachen genau kennen, so kommt es, daß sie den Minister auch einmal zu dem Eintreten für eine Maßregel bestimmen, die mit dem Wohle des Staatsganzen nicht im Einklange steht. Das scheint jetzt im Justizministerium der Fall gewesen zu sein. Dort plant man anscheinend die Aufhebung einer Anzahl von kleineren Amtsgerichten. Von Böbejan, von Wippra wird uns berichtet, daß dort bereits Erhebungen über die Durchführbarkeit dieses Vorhabens angeestellt worden seien. Aber es werden wohl nicht nur einige „Lieblingsgerichte“ sein, die man im Justizministerium zu „berlignen“ wünscht, sondern es ist wohl anzunehmen, daß es sich dabei um ein die ganze Monarchie umfassende plannmäßiges Vorgehen handelt. Höchstens sucht man einzelne Gerichte heraus, um nicht zu viel „Lokalinteressen“ gegen einen solchen Plan wachzurufen. Es ist nun aber schon in dieser Zeitung (Jahrgang 1910 Nr. 507 ff.) in verschiedenen Artikeln nachgewiesen worden, wie schädlich der Mangel an oder auch nur Stillstand der Kleinstädte für unser ganzes wirtschaftliches Leben ist und wie gerade die Gerichtsorganisation von 1879 mit ihrer Aufhebung der Kreisgerichte usw. zu einer schweren Schädigung der davon betroffenen Städte geführt hat. Es ist in diesen Artikeln aber auch nachgewiesen worden, wie durch eine Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte nicht nur den kleinen Städten geholfen, sondern auch eine erhebliche Verbesserung und Verbilligung der Rechtspflege in Straf- und Zivilsachen herbeigeführt werden kann. Die Aufhebung kleinerer Amtsgerichte schafft dagegen nur eine scheinbare Verbilligung, weil alle die Mehrkosten, die dem Gericht wie namentlich dem Publikum durch die weitere Entfernung des größeren Amtsgerichts erwachsen, außer Anschlag bleiben. Nicht Verminderung, sondern vielmehr Vermehrung der kleineren Amtsgerichte unter Erweiterung ihrer Zuständigkeit, das ist deshalb die Aufgabe, welche sich die preussische Justizverwaltung unmittelbar oder mittelbar auf dem Umwege über das Reich stellen sollte!

Es ist sehr erfreulich, daß allen diesen Gesichtspunkten der konservative Redner bei der Etatsberatung (Abg. Winkler-Merfeldt) am gestrigen Sonnabend Rechnung getragen hat. Nach den vorliegenden Auszügen aus den stenographischen Niederschriften, auf die wir noch zurückkommen werden, führte er u. a. aus:

„In neuerer Zeit wird in verschiedenen Provinzen darüber geflagt, daß die kleinen Amtsgerichte aufgehoben und größeren Amtsgerichten zugeweiht werden sollen. Gerade in einer Zeit, in der die kleinen Städte gegenüber dem Anwachsen der Großstädte ohnehin zu kumpfen haben, sollte nicht eine Maßnahme der Regierung dazu bezogen werden, die Lage dieser kleinen Städte noch ungünstiger zu gestalten. Unter einer solchen Verlegung der kleinen Amtsgerichte würden nicht nur die kleinen Städte, sondern vor allem das umliegende flache Land zu leiden haben. (Sehr richtig! rous.) Die Regierung sollte die schädliche Tendenz über dem einzelnen Amtsrichter in der kleinen Stadt, der Land und Leute gegen sich zu richten, durch diese bestimmte unter Zustimmung der ganzen konservativen Fraktion abgegebene — Erklärung die Besorgnisse der Kleinstädte für so lange beseitigt sein, als diese Fraktion eine ausschlaggebende Stellung im Abgeordnetenhaus einnimmt. Wägen die

*) Die Artikel sind gesammelt erschienen als „Die Kleinstädte, eine getragene Studie von Abg. Prof. A. D. von Werber, Sogsdorf, Halle a. S., Verlag von Otto Zehle, 1911.

Kleinstadtbewohner selbst mit dafür sorgen, daß dies auch im nächsten Abgeordnetenhaus der Fall ist; mögen sie auch die Presse unterstützen, die entschieden für ihre Interessen eintritt, dann sorgen sie selbst am besten für die Kleinstädte.

Die unterbrochenen Friedensverhandlungen.

Die Türken bleiben hartnäckig. Reichs-Beide erklärte einem Ausdrager gestern, daß er im Auftrage der Fortsetzung Europas“ sagte Reichs-Beide wörtlich: „Mit keinem Worte zu bezeichnen. Man hat uns beide Arme abgekümmert, und jetzt jagt uns Europa, das genügt nicht, lassen Sie sich auch die Beine abschneiden. Nun denn! Mein Da ziehen wir immer noch die Wiederaufnahme des Krieges vor. Wir sind allesamt bereit, in der Verteidigung der Würde und Ehre unseres Vaterlandes auf dem Schlachtfeld zu sterben, aber Selbstmord wollen wir nicht begehen.“ Einige Mitglieder der türkischen Abordnung treffen offensichtlich Vorbereitungen zu ihrer Abreise. — Die Sache sieht also wieder einmal sehr kritisch aus. — Da muß man wirklich gespannt sein, was die am Montag zusammen tretende Vorkonferenz zu dem Stande der Dinge sagen wird.

Wie das Meuterische Bureau erfährt, hatten der rumänische Minister Joneanu und der rumänische Gesandte Wladu gestern vormittag mit dem Staatssekretär Grey eine Zusammenkunft im Auswärtigen Amt.

Kampf um Estland.

Die Türken auf dem Karabagh griffen gestern die Vorposten der Selbstwehr-Ordnungs-Regiments, Fischen, Grotzreiter und die Kanonade dauerten drei Stunden, ohne Schaden für die Montenegroer anzurichten. Die Lage in Estland ist verzweifelt. Täglich kommen Flüchtlinge bei den Montenegroern an und erzählen, daß der Zustand in der Stadt besonders für die Einwohner unerträglich ist.

Die veränderte Genuttuna.

Aus Pest wird gemeldet, daß der österreichisch-ungarische Konsul Zehn, der sich schon in Verdacht auf die Durchbrechung ungarischer Grenze, häufig erkannt ist, und wahrscheinlich der Reichsfinanzabteilung in Witrowitz nicht zurück zu kommen können. Er wird mit allenfalls durch ein anderes Mitglied des Konsularpersonals vertreten werden. Nebensächlich erzählt die von Seiten Serbiens in Witrowitz zu leistende Genuttuna eine mehrjährige Verzögerung, während die Fliegenplage in Pest, wird gemeldet, am 13. Januar stattfinden wird.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser empfing gestern mittag den Kommandeur des kaiserlichen Selbstwehr-Ordnungs-Regiments, Fischen, in Enpoltshaus. Der Fürst war auch zur Frühstücksstapel geladen, ebenso der Maj. sächsische Oberstmannschaft Graf Wilhelm v. Göttsch.

* Der Kaiser hat die Kandidatur bei dem jüngstverstorbenen Sohn des schwedischen Majors Wille angenommen. Major Wille ist Kommandant des 6. Schützenbataillons, das beim Empfang des Kaisers in Zürich die Ehrenpalast stellte.

* Die sächsische Regierung und die Reichssteuer. Der halbamtliche „Rechner Anzeiger“ bringt einen Brief, in welchem es heißt, daß die sächsische Regierung nach wie vor die Einführung einer neuen direkten Reichssteuer ablehne, dagegen für die Erbanfallsteuer eingetreten gewillt sei. „Nach wie vor hält sie es für eine Lebensfrage des Staates, daß ihm zur Erfüllung seiner eigenen Aufgaben und zur Erhaltung seiner finanziellen Selbstständigkeit die direkten Steuern ohne Ausnahme beibehalten überlassen bleiben. Jeder Verlust, direkte Reichssteuer einzuführen, wird einem feindlichen und grundhässlichen: Hände weg! der sächsischen Regierung begegnen. In dieser wichtigen Frage der Selbstbehaltung des Staates darf es in der Zeit für die Regierung kein Nachgeben und Schwanken geben. Und da heißt es, eine Verständigung zwischen Reichsbeamten- oder Reichsbeamten-gemäßigter und der Erbanfallsteuer zu treffen, so ist es nur natürlich, daß die sächsische Regierung nur für die Erbanfallsteuer eingetreten vermag.“

* Die neunte Kommission des Reichstages hat die Beratung des Entwurfs betreffend die Jollerleichterung bei der Reichsfinanzreform beschlossen. In der Sitzung wurden sämtliche von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite eingebrachten Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 24 gegen 4 konservative Stimmen angenommen.

* Der Landwirtschaftsminister hat die Beschwerden gegen die Enteignung der Rittergüter Jolmit, Dobsitz und Holzdrom zurückgewiesen. Bezüglich der Enteignung von Jolmit ist ein Widerspruch auf die eingeleitete Beschwerde noch nicht eingegangen.

* Der Reichstagsabgeordnete Becker-Alten-Wingen, dessen Mandat die Kommission für ungültig zu erklären beantragt hat, hat bisher auf sein Mandat nicht verzichtet.

* Ein weiterer Spionageprozeß wird am 30. Januar vor dem Reichsgericht in Leipzig zur Verhandlung kommen, und zwar gegen den Kaufmann Wilhelm Grotz aus Hietz, geboren am 2. Februar 1880 in Wödenheim (Bezirk Frankfurt a. M.), wegen Verrats militärischer Geheimnisse.

* Der Vorstand des Deutschen Sanbelstages hat den Termin für die Vollversammlung des Deutschen Sanbelstages in Berlin auf Mittwoch, 19., und Donnerstag, 20. Februar festgelegt.

* Für die Zwecke der inneren Sanbelstages werden insgesamt 25 Millionen Mark gezeichnet. Es soll zu diesem Zweck eine Anleihe aufgenommen werden. Von dieser wird bestimmt: 10 000 000 Mark zur Uebernahme von Stammanteilen bei gemeinnützigen Sanbelstagesgesellschaften, 10 000 000 Mark zur Sanbelstagesgesellschaften, 3 000 000 Mark zur Sanbelstagesgesellschaften, insbesondere für Sanbelstagesgesellschaften, außerdem werden bei verschiedenen Fonds der landwirtschaftlichen Verwaltung insgesamt 1 450 000 Mark mehr ausbezahlt, die unmittelbar oder mittelbar der Förderung der Viehzucht dienen sollen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 11. Januar.

Im Ministerialrat: Dr. Lenke, Dr. Ebdow, Dr. Dallwitz, Dr. Weseler, von Breitenbach, von Troitz zu Solz.

Präsident Graf Schwerin-Berlin eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Am 11. Januar ist in die erste Sitzung des Etats ein. In der allgemeinen Besprechung erhält das Wort

Abg. Winkler (kon.): Ich beantrage, den Nachtragset für 1912 und den Etat für 1913, in dem 60 Millionen für Bahn-erweiterungen und 3 Millionen zur Erhöhung des Unter-erhaltungsfonds gebildet werden, an die Budgetkommission zu verweisen. Die Genehmigung des Budgets, das zu dem Bekanntheit an gute kommt, hat sich durch den Verlauf der letzten Spannung des Geldmarktes, die insbesondere in dem niedrigen Kursstand unserer Staatspapiere zum Ausdruck kommt, wird durch eine hoffentlich bald eintretende Entspannung der politischen Lage weichen. In Bezug auf die Steuererhöhung will ich heute nur darauf hinweisen, daß Handel und Industrie erheut-erhalten zu dem direkten Steuern beitragen. Den Sanbelstagesminister möchte ich um Auskunft über die Ursachen des Streiks im Saarrevier bitten, den Finanzminister bitte ich zu prüfen, ob die in Aussicht genommene Erhöhung des Unter-erhaltungsfonds für die Unterbeamten ausreichend ist. Wir freuen es, daß Wogen der Vorkommnisse beigetragen ist. Wir erwarten, daß die Mittel, die zur Befreiung der Reichs- und den Etat eingestellt sind, dazu beitragen werden, die Wirtschaft zu lindern. Wir begrüßen sehr die reichen Aufwendungen für Kunst und Wissenschaft. Die ausländischen Studenten dürfen in keiner Weise gegenüber den einheimischen bevorzugt werden. Wir danken dem Minister für die vermehrten Mittel zur Hebung der Jugendpflege.

Abg. Graf von Prasanna (Kr.) nimmt zunächst dem verstorbenen Staatssekretär von Adersleben warme Worte, der im Inlande ein Vertrauen und im Auslande ein Ansehen gewonnen habe, wie kaum ein Vertreter der auswärtigen Politik seit Bismarcks Zeiten. Die vererblichen Folgen der Volkspolitik haben wir schon immer betont und besonders die Möglichkeit, die wir uns durch die Vererbung der politischen Angelegenheiten bereiten können. Die Behauptung der Salutarität aber, daß das Zentrum von Österreich Hilfe für seine Partei erbeten habe, ist eine nichtswürdige Insinuation. Für die Gewährung von Unterhaltungen an die Beamten müssen feste Grundätze aufgestellt werden. Den landwirtschaftlichen Winterkulturen müßte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir begrüßen ein Prinzip die Jugendpflege. Wir verlangen eine Verbilligung der religiösen Ausbildung nicht in den Hintergrund gerät. Man hat dem Ministerium Hertling die Aufstellung des Jesuiten-erziehung in die Schule gefordert. Freiberger von Hertling hatte aber ein Recht, das Jesuitengesetz zu interpretieren, da eine authentische Interpretation seitens des Bundesrats damals nicht vorlag. Es ist zweifellos, daß durch die Auslegung des Gesetzes der religiösen Erbschaftlichkeit durch den Bundesrat eine Verstärkung des bisherigen Aufwandes bedeutet. Der Erlaß des Bundesrats beweist die ganze Unhaltbarkeit des Jesuitengesetzes überhaupt. Die Moral der Jesuiten ist durchaus einwandfrei; sie ist nichts anderes als die Moral der katholischen Kirche. Selbst der Reichstag hat betriebl. die Jesuiten gegen die Jesuiten als feindselige Tatsachen, ein Beweis dafür, daß er in dieser Angelegenheit einen nicht einwandfreien Standpunkt einnimmt. Nach bis 1871 hat man die legerweise Tätigkeit der Jesuiten auch in Deutschland anerkannt. Die Förderung der Zulassung der Jesuiten ist eine konfessionelle Forderung, sondern eine Fortschrittlichkeit, die den Fortschritt des Fortschritts in Preußen zu christlich-konfessionellen Grundätzen. Nur dann werden wir zu wahren Glanz auch in Preußen gelangen. (Beifall! Beifall im Zentrum.)

Auswärtiger Minister von Troitz zu Solz: Die Frage der Aufhebung des Jesuitengesetzes gehört vor das Forum des Reiches, und das Forum ist darauf nicht eingehen, wohl aber auf die Verhandlungen über die Sanbelstagesgesetzgebung in Preußen und die Mitwirkung der preussischen Regierung beim Zustandekommen des Bundesratsbeschlusses vom vorigen Jahre. Das Verhalten der preussischen Regierung hierbei ging dahin, sowohl dem Gesetz wie dem Empfinden der katholischen Bevölkerung Rechnung zu tragen. Die preussische Regierung hat sich im Bundesrat bemüht, sich bei der Sanbelstagesgesetzgebung in Preußen eine Verstärkung verdienen und die Auslegung so gefast wurde, daß in Preußen die bisherige Praxis bestehen blieb. Wir haben uns bemüht, das Gesetz ohne Kleinlichkeit und Schläne anzuwenden. Deshalb ist die Ausführung des Gesetzes nicht den Schwierigkeiten, sondern den Bundesratsbeschlüssen überzogen worden. Wenn bei Fortfällen das Thema ein wissenschaft-

Vom Guten das Beste
und Billigste
sind



KRAFT-BRIKETT

KURT BUCHMANN

Zu beziehen durch:

Fernruf 1471

Dessauer Strasse 53

Fernruf 1471

Lieferung prompt, reell, billig.



Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Ingenieur- u. Wertmtr.-Büro für
allein und fernw. Holzmaschinenbau,
Elektrot., 4 km. Koch- u. Zierbäckerei.
Dir. Prof. Sappert

Stener-Erklärungen.
Bücherrevisor Beyer, Halle 2.
Zubw. Budererstr. 73a. Tel. 3341.

Kochkurs f. geb. Damen
p. tägl. gew.
Lehrerin. Luisenstr. 13 p.

Wegen bevorstehender Umwandlung meines Geschäfts in einen Prj.

:: :: **Antiquitäten- und Kunst-Salon** :: ::

bringe ich die gesamte moderne Fürtellung meines Lagers
ausnahmslos zur völligen Auflösung.

Die Preise sind enorm herabgesetzt und werden sämtliche Gegenstände mit einem Rabatt von

10 bis 50 Prozent verkauft.

Ich lade hiermit höf. ein, von dieser überaus günstigen Offerte ausgiebig Gebrauch zu machen.

Halle a. S., Gr. Steinstr. 8.

Hans Ullmann.

Bücher-Revisor

Carl Beyer Jun., Halle a. S.,
Zubw. Budererstr. 73a. Tel. 3341.

* Halle, Anhalterstr. 9c *

* Best. Einzahlungen größer Firmen	* Rückliche Auskünfte erhalten die Mitglieder des Verbandes	* Creditreform	* mit wenig Ausnahmen kostenfrei an etwa 2000 Filialen im in- u. Ausland.	* Schriftl. Auskünfte kostenlos

* Bevollm.: Emil Haussler *

Töchterpensionat

Herrn Agnesstr. 11.
Wohnort: Leipzig, Sandb. u.
Sanitär- u. Umgangsw. profi.
Anleit. Zahl. Empf. Provi.

Messmer-Tee

frisch bei
A. Herrmann, Schokol.
Gr. Ulrichstr., Ecke Steinstr.

H. Schnee Nachf., Gr. Stein-
str. 84.
Erstes Spezialgeschäft für gute
Strumpfwaren... Kristofagen.

Golden Crown

hochedel, milder
Frühstücks-Wein,
Mk. 2,40 p. Fl. exkl. Glas.
Schulz & Birner.
Weingrosshandlung.

Breslau 3, Freiburger Strasse 42
Dr. J. Wolff's Vorbereitungs-Anstalt
gegr. 1903, für die Einj.-Freiw.-, Fähnrichs-, Sec-
kadetten-, Primaner- und Abiturienten-Prüfung,
sowie zum Eintritt in die Sekunda einer höher. Lehranstalt.
Streng geregelt. Pensionat. Halbjährl. Gymnasial- u.
Realgymnasial- bzw. Oberrealschulkurse von Quarta bis
Oberprima. Bisher 603 Prüflinge, 74 Abiturienten,
darunter 10 Damen. 1 Steuersperrenkurs, 31 für O I,
79 für U I, 94 für O II, 18 die Extracur-Schlussprüf.
eines Progymnasiums, Realprogymnasiums oder einer Real-
schule, 79 Einjährige, 164 für U II, 50 für O III, 10 für
U III, 5 für IV und 1 Fähnrich.
Seit 1911 auch besondere Damenkurse für die Primaner- und
Abiturienten-Prüfung.
1912 bestanden 95 Prüflinge, darunter 18 Abiturienten
(unter ihnen 8 Damen), 12 Primaner, 22 Obersekundaner,
14 Untersekundaner und 22 Einjährige. [24]
Prospekt. ☎ Telephon Nr. 11 687.

Möbel - Ausverkauf
seltene Gelegenheit.
Gut erhaltene Mietmöbel
zu Spottpreisen.
U. a. 2 komplette elegante
Schlafzimmer-Einrichtungen.
Hallesche Möbelhallen **Th. Pollak**, Brüderstr. 12.

Baby-Ausstattungen
:: in allen Preislagen ::
Kinderwagen :: Wickelkommoden
:: Billigste Preise. ::
Weddy-Pönicke,
Leinenhaus = Wäsche-Fabrik.
Spezial-Katalog zu Diensten.

Oberrealschule zu Delitzsch.
Das neue Schuljahr beginnt **Donnerstag, den 3. April**, um
1/8 Uhr. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt der
Direktor **Dr. H. Wahl**.
Jahns Handelslehranstalt und Einjährigen-Institut.
Staatssaufsicht. Klingenthal, Sa. Gegr. 1897.
Handelsrealschule. | Höhere kaufm. u. realistische | Realschule.
Ausbildung (auch beide getrennt) zur Erlangung d. „Einjährigen“.
Empfehlung erster Kreise. Eigenartige Methode.
Aufnahme bis zum 21. Jahre. Frächtiger Neubau
1911. Herrl. Gebirgsgegend. Sommer u. Winter-
sport. Pensionat. Prospekt durch die Direktion.

Bad Lauterberg, Harz. Agnesschule (konzess.) für
Töchter u. Frauen geb. Stände.
Der Lehrplan entspricht dem d. **Wirtschaftl. Frauenschulen a. d. L.**
Kursus A umfasst: Hauswirtschaft, Gartenbau, Molkerlei,
Hühner- u. Bienezucht. Pension 1100 M. Kursus B: Haus-
wirtschaft, Schneidern, wissenschaftl. Fächer. Pension 1000 M.
Vorz. Ref. Prosp. d. Frh. Haunens. Fernruf 138. [56]

Gera-R., Schulpensionat Amthor
für Zöglinge der städtischen Amthor'schen höheren Handelsschule.
Hilfsausweis berechtigt zum Einjährig-Dreimonatigen-Dienst.
Genüßliche Kontrolle der Schularbeiten. Große Gebäude, schöner
Garten. Häßeres liebe Proviest.
H. Amthor.

Für die Inserate verantwortlich: Paul Perßen, Halle a. S., Telephon 8108 u. 8109.

Mit 2 Beilagen.



